

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Agnieszka Brugger, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/6199 –**

Den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 zur Stärkung der OSZE nutzen

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion weist auf den OSZE-Vorsitz der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2016 sowie die nach ihrer Auffassung andauernde strukturelle Krise der OSZE und mangelnde Bereitschaft der Teilnehmerstaaten zu umfassender Sicherheitskooperation hin. Die Reformversuche der vergangenen Jahre werden als gescheitert bewertet. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf höchster politischer Ebene für die Stärkung der OSZE einzusetzen, den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 zu nutzen, die Instrumente der drei Dimensionen (politisch-militärische, wirtschaftlich-ökologische und menschliche Dimension) zu festigen und weiterzuentwickeln, die Stärkung der menschlichen Dimension ins Zentrum des deutschen Vorsitzes zu rücken sowie die OSZE im Bereich zivile Krisenprävention und Krisenbewältigung zu stärken. Die Bundesregierung wird unter anderem weiter aufgefordert, für ein langfristiges und funktionsfähiges Mandat der OSZE-Missionen SMM und OM in der Ukraine einzutreten, sich dafür einzusetzen, dass die OSZE-Mission uneingeschränkten und sicheren Zugang in das gesamte Konfliktgebiet in der Ost-Ukraine erhält sowie innerhalb der OSZE dafür zu werben, die beiden Missionen in der Ukraine planerisch, personell, finanziell und technisch adäquat zur Erfüllung ihres Mandats auszustatten. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, mit Nachdruck für einen umfassenden Ansatz zur Abrüstung und Rüstungskontrolle im OSZE-Raum zu werben und sich um eine Wiederbelebung konventioneller Rüstungsvereinbarungen zu bemühen. Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, dem Bundestag einen Zwischenbericht über ihre Initiativen im Rahmen des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016 vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6199 abzulehnen.

Berlin, den 14. Oktober 2015

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Franz Thönnies
Berichtersteller

Stefan Liebich
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Franz Thönnies, Stefan Liebich und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/6199** in seiner 127. Sitzung am 1. Oktober 2015 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion weist auf den OSZE-Vorsitz der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2016 sowie die nach ihrer Auffassung andauernde strukturelle Krise der OSZE und mangelnde Bereitschaft der Teilnehmerstaaten zu umfassender Sicherheitskooperation hin. Die Reformversuche der vergangenen Jahre werden als gescheitert bewertet. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf höchster politischer Ebene für die Stärkung der OSZE einzusetzen, den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 zu nutzen, die Instrumente der drei Dimensionen (politisch-militärische, wirtschaftlich-ökologische und menschliche Dimension) zu festigen und weiterzuentwickeln, die Stärkung der menschlichen Dimension ins Zentrum des deutschen Vorsitzes zu rücken sowie die OSZE im Bereich zivile Krisenprävention und Krisenbewältigung zu stärken. Die Bundesregierung wird unter anderem weiter aufgefordert, für ein langfristiges und funktionsfähiges Mandat der OSZE-Missionen SMM und OM in der Ukraine einzutreten, sich dafür einzusetzen, dass die OSZE-Mission uneingeschränkten und sicheren Zugang in das gesamte Konfliktgebiet in der Ost-Ukraine erhält sowie innerhalb der OSZE dafür zu werben, die beiden Missionen in der Ukraine planerisch, personell, finanziell und technisch adäquat zur Erfüllung ihres Mandats auszustatten. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, mit Nachdruck für einen umfassenden Ansatz zur Abrüstung und Rüstungskontrolle im OSZE-Raum zu werben und sich um eine Wiederbelebung konventioneller Rüstungsvereinbarungen zu bemühen. Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, dem Bundestag einen Zwischenbericht über ihre Initiativen im Rahmen des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016 vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6199 in seiner 48. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/6199 in seiner 45. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6199 in seiner 50. Sitzung am 14. Oktober 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 14. Oktober 2015

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Franz Thönnies
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

